„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.

Erscheint jeden Mittwoch.

herausgegeben von der

"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"

J. M. Eßmann,
Geschäftsführender Direktor.

Bernhard Pott, Redakteur.

Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Telefon 5391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten, stark.

In Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 30c.

In's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.

Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.

Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Canada und die nationalen Minderheiten

Unsere werten Leser finden auf dieser Seite einen Bericht über die Eröffnung der sechsten Vollversammlung des Völkerbundes in Genf, zu deren Präsident der französisch-canadische Senator Dandurand gewählt wurde. Diesen Anlaß benutzte der französische Premierminister Painleve, um einen Lobeshymnus auf das vorzügliche britisch-französische Verhältnis in Canada anzustimmen. Kann man schon darüber anderer Meinung sein, so erst recht, wenn Painleve erklärte:

„Canada ist ein Beispiel für die Welt, wie das Problem der Behandlung von nationalen Minderheiten gelöst werden könnte."

Eine solche Behauptung darf nicht ungeprüft in die Welt hinausgehen, weil sonst in außercanadischen Ländern unrichtige Vorstellungen von den tatsächlichen Verhältnissen in Canada entstehen könnten. Soweit die Französisch-canadier in Frage kommen, ist es nicht unsere Aufgabe, uns über ihre Lage besonderes Kopfzerbrechen zu machen. Sie sind selber Manns genug, um ihre Rechte auf kulturelle Eigenart und Muttersprache wirksam zu verteidigen und dürfen dabei unserer herzlichen Sympathien sicher sein. Doch Canada hat außer den Bürgern französischer Abstammung noch andere nationale Minderheiten innerhalb seiner Grenzen, von denen Herr Painleve in Paris vielleicht gar nichts weiß, weil die britische Weltpresse solche Tatsachen schamhaft verschweigt. Wahrscheinlich hätte er es somit unterlassen, Canada als Musterbeispiel für die Behandlung der nationalen Minderheiten anzuführen.

Richtig ist, daß man hier nicht wie in einigen Balkanländern mit rohen Gewaltmaßnahmen gegen die Bürger fremder Abstammung vorgeht. Richtig ist, daß man uns nicht wie die Chinesen in China einfach niederknallt. **Aber ebenso richtig ist, daß eine fortwährende stille Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Canada zu Gunsten der Anglisierung vor sich geht.** Wie sollte man sich sonst die unterschiedliche Behandlung der Einwanderer britischer und nichtbritischer Herkunft erklären? Wie sollte man es somit verstehen: daß man Bürger deutscher Abstammung nach besten Kräften aus öffentlichen Aemtern und parlamentarischen Stellen ferngehalten hatte? Wie sollte man sonst die unaufhörliche Hetzarbeit gegen unsere Muttersprache und ihre Ausschaltung aus den Schulen unserer deutschen Distrikte bezeichnen? Ist das nicht Unterdrückung übelster Art?

Canada, das sich als kultivierter Staat betrachten möchte, könnte hinsichtlich der Behandlung der nationalen Minderheiten bei weniger zivilisierten Ländern wie Brasilien oder Argentinien in die Schule gehen, wo man den Deutschen deutsche Schulen gewährt. Oder Canada könnte von seinen Schwesterdominion Südafrika lernen, wo man den Deutschen nicht nur deutsche Schulen, sondern sogar deutsche Selbstverwaltung gewährt hat. Wir sind in Canada noch nie so unbescheiden gewesen, uns zu solch hohen Zielen zu versteigen. Aber bisher hat man nicht einmal Miene gemacht, unsere ganz bescheidenen Wünsche zu erfüllen. Da komme noch einmal Herr Painleve und spreche von Canada als dem Musterbeispiel für die Behandlung nationaler Minderheiten. Das klingt in den Ohren unserer Deutschcanadier lediglich wie bitterer Hohn und Spott.

— Wer eine Fackel sein will, soll sich selbst verzehren.

— Wir leben, nicht um zu essen, wir essen, um zu leben.

— Was wir in Kampf und Arbeit gewonnen, das halten wir fest.

— Alle Menschheit ist in ihrem innersten Wesen sich gleich.

— Der Gedanke weckt einen fürchterlichen Nachbar auf, sein Name ist: Richter!

— Wir lassen uns aufrichten, so hoch wir sinken, und so lange, bis wir anbeten.

Die einzig richtige Antwort

Dr. Hugo Eckener wird sich, wie er in Leipzig erklärt hat, an der geplanten Flugzeugexpedition Roald Amundsens nach dem Nordpol nicht beteiligen. Dr. Eckener sagte in einer in Leipzig gehaltenen Rede, daß er erst jetzt Näheres über das deutschlandfeindliche Verhalten Amundsens während des Weltkrieges in Erfahrung gebracht habe und daß er infolgedessen mit Amundsen bei keiner Polarexpedition zusammenwirken werde.

Unlängst wurde auch Roald Amundsens neues Buch von seinem früheren Verleger in München abgelehnt. Man sandte ihm das Manuskript zurück, weil Amundsen mit der deutschen Nation alle Verbindungen abbrach, als er nach Ausbruch des Krieges seine sämtlichen deutschen Auszeichnungen zurückgab und die Ehrenmitgliedschaft von verschiedenen deutschen wissenschaftlichen Gesellschaften ablegte."

Die Münchener Verlagsfirma schloß ihr Schreiben an den norwegischen Verleger mit den Worten: „Sobald Amundsen über sein für Deutschland beleidigendes Verhalten, das durch die Lügenpropaganda der antideutschen Presse hervorgerufen wurde, eine angemessene Erklärung abgegeben haben wird, wird die Firma bereit sein, weitere von seinen Werken zu veröffentlichen."

* * *

Solange deutsche Gelehrte noch von manchen internationalen Kongressen ausgeschlossen werden und solange man deutsche Erfindungen und Entdeckungen nur zu Gunsten fremder Mächte ausbeutet, ist der von Dr. Eckener und der Münchener Verlagsfirma eingenommene Standpunkt durchaus berechtigt.

Britische Kommunistenfurcht

Gerüchtweise verlautet, daß die britische Regierung durch Anordnung der Verhaftung kommunistischer Agitatoren die Offensive ergriffen hat, um die erhöhte Tätigkeit der Kommunisten in Großbritannien einzudämmen. Agitatoren sollen damit beschäftigt sein, die kommunistische Propaganda in die Reihen der Armee und Flotte hineinzutragen.

Das Innenministerium entschloß sich zu energischen Maßnahmen zu greifen und Scotland Yard anzuweisen, zur Verhaftung kommunistischer Führer zu schreiten, nachdem es in Erfahrung gebracht hatte, daß Agitatoren der Kommunisten in Armeezentren, besonders in Aldershot sowie in Marinearsenalen und in Schiffahrtszentren tätig seien.

Scotland Yard hat heute an allen Polizeistationen Londons und der Umgebung Rundschreiben ausgesandt, um sie zu warnen, daß die Kommunisten sich vorbereiten, eine Demonstration zu veranstalten, bei der sie die Fenster einer Anzahl von Gebäuden einschlagen wollen.

Auf dem Stadtplatz in Rotterdam hatte sich eine Menge von Kommunisten mit der Absicht angesammelt, die zu der Eröffnung eines Spitals nach Rotterham gekommene Prinzessin Mary und ihren Gatten, sowie andere Mitglieder der königlichen Familie, zu verspotten. Die Bevölkerung hatte die Pläne der Kommunisten kennen gelernt und war hierüber so entrüstet, daß sie die Kommunisten von dem Stadtplatz vertrieb und ihre roten Fahnen zerriß, bevor Prinzessin Mary anlangte.

Die „Daily Mail" schreibt, daß die von der Regierung beschlossenen energischen Maßnahmen sich auch gegen die sogenannte „nationale Minoritätsbewegung" richte, die das aktivste Element der britischen Kommunisten repräsentiere und deren Führer Tom Mann, S. Saklatvala und andere, seit dem Beginn des Seeleutestreiks revolutionäre Reden gehalten haben.

Bisher hatte die Regierung, trotz angeblicher Beweise für die Tätigkeit kommunistischer Agitatoren in vielen Teilen des Landes, noch nie einen ernsten Versuch gemacht, der Führer der Kommunisten habhaft zu werden und sie wurden höchstens denselben Beschränkungen unterworfen, die gegen alle Ausländer angewendet werden. Man erklärt, daß die Kommunisten den Seeleutestreik anzettelten und seinerzeit bemüht waren, eine Verständigung der Grubenbesitzer mit den Kohlegräbern zu verhindern, während Militärbehörden angeblich tausende kommunistische Flugschriften, die von Agenten verteilt waren, in Kasernen gefunden haben sollen.

Die Kommunisten haben in kürzlich gehaltenen Reden unumwunden erklärt, daß ihr Ziel eine Revolution in England sei. So sagt unlängst der Führer S. Saklatvala, der Mitglied des Parlaments ist:

„Die englische Nationalflagge ist das Symbol der Arbeitersklaverei. Im Namen der britischen Arbeiterschaft verlange ich, daß die Nationalflagge verschwinden soll. Wohlauf! Laßt uns die englische Nationalflagge abschaffen!"

In den an die Soldaten verteilten Flugschriften findet sich der Satz:

„Wenn in der Zukunft der Fall eintritt und die bewaffneten Streitkräfte sollen auf ihre Kameraden feuern, dann müssen sie wissen, was sie zu tun haben und in welche Richtung sie feuern sollen, — was wir lehren wollen."

Canadier Präsident der Völkerbundsversammlung

Painleve hält Lobrede auf Canada und Ver. Staaten.

Genf, 6. Sept. — Die Erwählung des Senators Dandurand von Canada zum Präsidenten der sechsten Vollversammlung des Völkerbundes, die heute eröffnet wurde, war das hervorragendste Ereignis.

Die Wahl Dandurands zu diesem Amte war schon vor einigen Tagen angedeutet worden, da man Wert darauf legte, Aussichts der für diese Versammlung erwarteten Schwierigkeiten eine Persönlichkeit im Präsidentenstuhle zu haben, die die Gegensätze zwischen den englischen und französischen Interessen ausgleichen könne. Hierzu trat noch das Bedürfnis, daß die Vereinigten Staaten von Amerika irgendwie durch die Präsidentschaftswahl einzuwirken. Man einigte sich daher, den Vertreter Canadas zum Präsidenten zu machen, der außerdem den Vorzug hat, gleichzeitig den nordamerikanischen Kontinent zu vertreten.

Senator Dandurand stammt von französischen Einwanderern und hat wiederholt seine Frankophilenfreundlichkeit bewiesen. Der zurücktretende Vorsitzende, Premier Painleve, pries Dandurand als einen sehr befähigten Staatsmann mit gründlicher Kenntnis juristischer Fragen, und sagte, daß in Canada britische und französische Ansichten gemeinsam am Werke seien. Die französische Zivilisation lebe dort friedlich und in brüderlicher Eintracht mit der britischen, und Canada sei ein Beispiel für die Welt, wie das Problem der Behandlung von nationalen Minderheiten erfolgreich gelöst werden könne.

Auf der Tagesordnung der Völkerbundversammlung stehen 25 Fragen. Es sind Delegaten von 55 Nationen anwesend.

In der Eröffnungsrede trat Premier Painleve von Frankreich für die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Einschränkung der Rüstungen ein, „sobald der Ligarat die Ueberzeugung gewonnen habe, daß das Sicherheitsproblem in zufriedenstellender Weise erledigt sei". Painleve sagte, daß sich seine Zusammenwirkung im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens als wirksam erweisen würde, wenn ihre Grundlage nicht der Völkerbund wäre. Die jetzigen Unterhandlungen über einen Sicherheitspakt wären nie gewonnen worden, wenn die Ligaversammlung nicht das Genfer Friedensprotokoll zustandegebracht hätte. Er empfahl eine Wiedererwägung und Revision dieses Protokolls, um allen Einwendungen zu begegnen. Er meinte, es wäre vielleicht angezeigt, die Schiedsgerichtsfrage in der Weise zu erledigen, wie sie in dem vorgeschlagenen Sicherheitspakt über die Rheinlande vorgesehen sei. Auf welche Methoden auch immer man sich einigen würde, um den Frieden zu garantieren, könne man der vorbehaltlosen Mitwirkung Frankreichs gewiß sein.

Am Beginn seiner Rede wies Premier Painleve auf die Anwesenheit von Frau Wilson unter den Zuhörern hin und zollte dem Andenken des verstorbenen amerikanischen Präsidenten Tribut, der bei der Schaffung des Völkerbundes eine so hervorragende Rolle gespielt habe. Dieser Stelle der Ansprache folgte ein Beifallsausbruch der ganzen Versammlung.

Ferner sagte Painleve:

„Auf der anderen Seite des atlantischen Ozeans ist eine große Demokratie, die an der Wiege der Liga stand, aber eine offizielle Beteiligung bisher noch nicht angenommen hat. Diese Demokratie wünscht der Sache des Friedens auf ihre eigene Weise zu dienen. Aber das Ideal, von dem das Vaterland Washingtons und Lincolns beseelt ist, ist so human und steht dem Ideal des Völkerbundes so nahe, daß die Liga und Amerika durch die Gewalt der Umstände genötigt sind, zum Besten der Menschheit frei zusammenzuarbeiten."

Weiterhin sagte der französische Premier:

„Die Geschichte der Vereinigten Staaten ist für die europäischen Pessimisten stets eine gute Lektion gewesen, über die sie nicht oft genug nachdenken sollten. Wenn jene, die heute so pessimistisch gestimmt seien, schon vor 60 Jahren ihr Urteil hätten abgeben können, welche trübe und blutige Zukunft würden sie für Amerika vorausgesagt haben. Durch viele Jahre wütete im Gebiet der Vereinigten Staaten ein schrecklicher Bürgerkrieg. Der Boden war mit Ruinen bedeckt und die Herzen des Volkes mit einem Haß erfüllt, der angesichts der Amnelenheit der früheren Negersklaven, die durch Gewalt befreit worden waren, unauslöschlich schien.

„Nichtsdestoweniger leben diese Staaten vom Atlantischen Ozean bis zum Stillen Meer mit ihrer ungleichartigen Bevölkerung und mit Interessen, die so verschieden sind, daß sie oft direkt in Widerstreit geraten, friedlich nebeneinander, unter dem Schutze eines Obersten Gerichtshofes, dessen Autorität, wenn sie auch rein moralisch ist, niemals zu Strafmaßnahmen greifen müßte.

„Die Kriegsgesänge, unter denen die Armeen von Grant und Lee einander auf den Schlachtfeldern in fürchterlichem Ringen begegneten, sind Nationalweisen geworden, die mit gleichem Eifer von allen Bürgern der Vereinigten Staaten gesungen werden.

„Wir müssen uns natürlich hüten, bei der Anspielung auf die Analogie der Zustände zu weit zu gehen, und niemand wird sich einbilden, daß die Geschichte des neuen Kontinentes ein alten Kontinent Europa mit seinen alten Traditionen und Völkern wiederholt werden könnte, aber dennoch möchte ich betonen, daß die Möglichkeiten eines dauernden Friedens heute in Europa nicht weniger stark sind, als sie im Jahre 1867 in Amerika waren, und ich bin überzeugt, diese Möglichkeiten können durch guten Willen in Tatsachen umgewandelt werden.

„Dies ist unbedingt notwendig, denn die gegenwärtige Lage ist unhaltbar. Entweder die Atmosphäre des Mißtrauens, von der Europa umfangen ist, verschwindet, oder sie wird sich verdichten und unausweichlich einen neuen schrecklichen Krieg verursachen, der wirklich das Ende der europäischen Zivilisation bedeuten würde."

Weltumschau

Deutschland

Anläßlich der Tagung des Provinzialausschusses der Deutschen Volkspartei in Schleswig brachten die „Schleswiger Nachrichten" einen bemerkenswerten Aufsatz des Reichs-Außenministers Dr. Stresemann über politische Tagesfragen.

Zur Außenpolitik bemerkt Dr. Stresemann in dem Artikel:

„Es hat keinen Sinn, darüber zu fabeln, was unsere Gegner wollen. Notwendig ist nur, daß wir wissen, was wir selber anstreben und wohin unser Weg führen soll. Als wir bei der Aufgabe des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet und bei der Zustimmung zu den Londoner Vereinbarungen die Konsequenzen des verlorenen Krieges ziehen mußten, zogen wir nicht auch die Konsequenz, daß wir uns an der Entstehung des Krieges irgendwie schuldig erklärten. Jede moralische Schuld weisen wir mit Entschiedenheit zurück. Wir haben heute um so mehr das Recht, das zu tun, als jemals, nachdem die Vorstellungen über die auswärtige deutsche Politik bis zum Jahre 1914 gezeigt haben, daß diejenigen, die zum Weltkrieg hetzten, nicht in Berlin, sondern in anderen Hauptstädten saßen. Aber wenn wir den Verleumdern, die uns als Urheber des Krieges hinstellen wollen, entgegentreten, so ändert das nichts an der Tatsache, daß wir nüchtern genug sind, die Konsequenzen daraus ziehen müssen, daß wir den Weltkrieg verloren und daß die Mehrheit der Nationalversammlung den Frieden von Versailles annahm. Zu sagen, unter welchen Verhältnissen wir infolgedessen für die Zukunft leben müssen, ist natürlich unpopulär und sehr viel schwieriger, als eine Politik zu machen, die sich in einer Uebertragung der Vergangenheit auf die Gegenwart absichtlich über die Kräfteverhältnisse hinwegsetzt und dem naturgemäßen Empfinden des Volkes, das nach einer Genugtuung lechzt, dadurch schmeicheln will, daß sie das Volk entweder in der Illusion hält, daß es in der Vergangenheit lebe, oder ihm vortäuscht, daß seine Lage sich bessere, wenn es in trotziger Isolierung und im Reizhagen gegenüber dem Geist der Verständigung verharre. Isolierung ist selbst für den Starken gefährlich, für den Schwachen, den der Bürger anderer Zahl hat, ist sie eine Torheit. Wir haben uns für die lebende Generation entschieden, um in zäher und stiller Arbeit das Verlorene wieder zu gewinnen und einigermaßen das wieder zu erreichen, was einmal unser war. Wir suchen keine Händel in der Welt, aber wir möchten, daß man endlich auch selbst Rache haben gegenüber denen, die uns nicht wieder aufkommen lassen wollen."

Die führenden Städte im Ruhrgebiet und in der Rheinprovinz, welche kürzlich den Alliierten geräumt wurden, treffen ausgedehnte Vorbereitungen für einen würdigen Empfang des Reichspräsidenten von Hindenburg, der beabsichtigt, denselben erst betreten Gebiet seinen ersten Besuch abzustatten. Der Reichspräsident wird vom 17. bis zum 19. September in dieser Gegend verweilen. In seiner Begleitung werden sich Kanzler Dr. Hans Luther, der Preußische Minister des Innern Severing und verschiedene Mitglieder des Reichskabinetts befinden. Nach dem soweit vorliegenden Reiseplan gilt der Besuch des Reichspräsidenten in erster Linie den Städten Bochum, Essen, Duisburg und Dinslaken, die durchweg erst kürzlich von den Franzosen und Belgiern geräumt worden sind.

Der preußische Staat wird an den früheren deutschen Kaiser Wilhelm und verschiedene Mitglieder seiner Familie Eigentum in angeblich abgeschätztem Wert von 850,000,000 abgeben als Ergebnis von einem zwischen dem Hohenzollernhaus und dem preußischen Staat getroffenen Abkommen. Das Eigentum umfaßt große Ländereien, Forst domänen, Schlösser, Paläste, Wohnhäuser und sehr wertvolle Kunstsammlungen, alles Eigentum, das bei Ausbruch der Revolution von dem preußischen Staat beschlagnahmt worden war. Der Staat mußte angeblich zu einem Vergleich kommen, sonst wären ihm noch viel größere Unkosten entstanden.

Deutschlands Weizenernte wird dieses Jahr auf 2,903,000 Metertonnen berechnet. Es sind dies 20 Prozent mehr als im vergangenen Jahre. Diese Zahlen sind die Angaben des Internationalen Institute of Agrikultur begründet. Die Roggenernte Deutschlands wird auf 7,688,00 Metertonnen, die Gerstenernte auf 2,434,000 Metertonnen und die Haferernte auf 5,489,00 Metertonnen angegeben. Die Roggenernte zeigt eine Zunahme von 34 und die Gerstenernte eine solche um 1 Prozent während die Haferernte eine Abnahme von 3 Prozent aufweist.

Frankreich

Die alliierten Außenminister haben, wie in hiesigen offiziellen Kreisen erklärt wird, beschlossen, den deutschen Reichsaußenminister Dr. Stresemann zu einer Vorbesprechung des Sicherheitsproblems für den 25. September nach Lausanne einzuladen. Diese Zusammenkunft würde die Vorläuferin der eigentlichen Konferenz sein, in der man einen Rheinland-Sicherheitspakt endgültig zu entwerfen gedenkt.

Der frühere Premier Rene Viviani ist in Paris verschieden. Sein Ableben erfolgte im Malmaison-Sanatorium, wo er sich seit zwei Jahren an einem allgemeinen Zusammenbruch leidend, unter Behandlung befand. Nach einem längeren außerordentlichen Schwächezustand erlöste ihn der Tod von seinen Leiden.

Am 8. Juni 1923, während der Verhandlung eines Prozesses im Gericht war der frühere Premier und hervorragende Anwalt plötzlich zusammengebrochen. Damals wurde gesagt, Viviani Lebenskraft sei durch Ueberarbeitung und durch den Gram um seine wenige Monate vorher verstorbene Gattin untergraben worden.

Besucher des Grabdenkmals für Frankreichs unbekannten Soldaten waren nicht wenig erstaunt als sie aus der Gruft edlen Klangs erblickten, der mit einem Seidenband in deutschen Farben umwunden war und Aufschriften in deutscher und französischer Sprache trug. Die deutsche Aufschrift lautete: „Deutsche Liga für Menschenrechte." Die französische Aufschrift besagte: „Dem unbekannten Soldaten von Soldaten des Friedens." Der Kranz war ohne Aufsehen zu erregen, auf der Gruft niedergelegt worden, vermutlich von deutschen Delegierten zu dem in der vorigen Woche in Paris abgehaltenen Friedenskongreß.

Oesterreich

Die alte Donaustadt Wien stand im Zeichen der Beerdigung des österreichischen Feldmarschalls Conrad von Hatzendorf, des Führers der österreichischen Armee im Weltkriege. Trotz des heftigen Regens hatten sich Hunderttausende von Zuschauern eingefunden. Kavallerie und Infanterie eröffneten den Trauerzug, während hinter dem Sarge ein Ritter in mittelalterlicher Rüstung ritt. Im Gefolge sah man die Mitglieder der Regierung sowie alle führenden Persönlichkeiten Oesterreichs. Auch Vertreter der alten habsburgischen Dynastie folgten dem Sarge. Zwei deutsche Generale in voller Uniform vertraten die alte deutsche Armee. Selbst aus den abgetretenen Landesteilen waren kroatische und ungarische Offiziere erschienen. Der Feldmarschall wurde mit militärischen Ehren zu Grabe getragen. Auf dem Hietzinger Friedhofe feuerte die Artillerie einen Salut von 24 Schüssen als der Sarg in die Erde gesenkt wurde. Unter den zahlreichen Kranzspenden bemerkte man einen Kranz von Zita und Kaiser Otto.

Eine Abteilung italienischer Soldaten in der Stärke von 200 Mann hat trotz des Protestes der Regierung die Grenze überschritten und in Ulten Tirol, nahe der Dreiherren Spitze, ein Lager bezogen. Dieses ist die zweite Grenzverletzung deren sich die Italiener während der letzten drei Monate schuldig machten. Die österreichische Regierung hat ihren Gesandten in Rom angewiesen eine Erklärung und Abbitte von der italienischen Regierung zu verlangen.

Die neunte Herbst-Mustermesse Wiens ist eröffnet worden. Sie ist aus 17 Ländern in überaus reicher Weise beschickt worden. Große Posten kommen von Sowjet-Rußland und der Türkei auf dem Messegelände ziehen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Jugoslawien hat am Eingang des Ausstellungsplatzes ein 57 Fuß hohes Faß aufgestellt, um dadurch die Aufmerksamkeit auf seine hochklassigen Weine und Obste zu lenken.

Ungarn

Das Ergebnis des ersten Wirtschaftsjahres Ungarns, nachdem die Finanzen des Landes auf eine gesunde Grundlage gebracht waren, ist von Jeremiah Smith, dem amerikanischen Völkerliga-Kommissar für Ungarn, bekannt gegeben worden.

Anstatt des befürchteten Defizits von 100,000,000 Kronen schließt das Wirtschaftsjahr mit einem Ueberschuß von 63,000,000 Goldkronen.

Der Bericht weist noch auf, daß die ungarische Goldkrone jetzt auf Parimetall steht und daß die offizielle Bank-Diskontrate auf 9 Prozent zurückgegangen ist, obwohl die Privatbanken noch 12 bis 25 Prozent berechnen.

Die wesentliche Besserung der Finanzlage ist, wie Kommissar Smith in seinem Bericht hervorhebt, den vom Auslande gewährten kurzfristigen Krediten zuzuschreiben.

Polen

Wie die Presse meldet, finden wichtige russische Manöver an der Westgrenze jenes Landes statt. Manöver an der sich drei Armeen beteiligen. Die erste Armee besteht 3 Divisionen Infanterie und 1 Divisionen Kavallerie in sich und operiert unter dem Oberbefehl des Zaren-Kameraden Unschlicht in der Nähe von Leningrad. Die zweite Armee operiert in der Nähe von Minsk. Sie setzt sich aus 3 Divisionen Kavallerie und einer Division Infanterie zusammen. Dieser Armee sind 150 Flugzeuge zugeteilt. Der russische Kriegskommissar Michael Frunze führt hier das Kommando. In der Ukraine manövriert die dritte Armee, die sich aus 40,000 Gewehren und 16,000 Pferden zusammensetzt.

Litauen

Es wird gemeldet, daß die litauische Regierung darauf gefaßt ist, den Memel-Distrikt an Deutschland zurückzugeben, weil die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die der Angliederung dieses Gebietes an Litauen folgten, zu groß seien. Diesen Meldungen zufolge wird eine neue Grenzregulierung die sich auf das ganze ostpreußische Randgebiet erstrecken soll, in Erwägung gezogen.

(Das Memel-Gebiet, welches unter dem Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt und der Kontrolle des Botschafterrats unterstellt wurde, kam am 16. Februar 1923 an Litauen, überlassen wurden, und zwar unter Bedingungen, durch welche die Benutzung des Hafens seitens Litauens und Polens geregelt wird.)

Rußland

In Moskau finden soeben Verhandlungen statt, die der Ausführung des Artikels acht des russisch-japanischen Vertrages vom 20. Januar 1925 gelten. Japan wurde durch diesen Artikel verpflichtet, auch Nordsachalin, das es besetzt hielt, zu räumen, hingegen wurden ihm zunächst auf 50 Jahre Konzessionen für die Ausbeutung der Kohlen- und Petroleumlager und der Waldungen zugestanden. 50 Prozent der Produktion sollten der Sowjetregierung zufallen. Die Einzelheiten des Konzessions Vertrages sollten nach der vollständigen Räumung Nordsachalins gemeinsam festgelegt werden. Aus diesem Grunde tagt nun die Konferenz. Der Konzessions-Vertrag räumt das letzte Hindernis eines japanisch-russischen Abkommens aus dem Wege. Die japanische Regierung, die im Portsmouther Vertrag noch nicht die künftige Bedeutung des Petroleums für die Flotte erkannt hatte, wollte den Fehler gutmachen. Aus diesem Grunde wurde der Zwischenfall von Nikolajewsk, der zur Zeit Koltschaks einigen Japanern das Leben gekostet hatte, zum Anlasse genommen, um die Besetzung Nordsachalins als Faustpfand für die Erfüllung möglichst hochgeschraubter Sühneforderungen hinzustellen. Obwohl der russisch-japanische Vertrag in der Praxis in manchen Belangen kaum das gehalten hat, was man sich in Moskau und Tokio davon versprochen, geht man dennoch an die Durchführung der wirtschaftlichen Teile des Abkommens, das beiden Teilen große Vorteile bietet. In politischer Hinsicht sieht man, daß Sowjetrußland seine Propagandaversuche nicht eingestellt hat und in China gegen Japan arbeitet, während letzteres durch Konferenz Bahnhöfen in der Mandschurei Wladiwostok zugünsten Dalnys zu schädigen trachtet, um den russischen Einfluß zurückzudrängen.

Der frühere Gouverneur von Indiana, James P. Goodrich, Oberst William R. Haskell, der ehemalige Leiter der amerikanischen Mission in Rußland, und Dr. Frank A. Golder, von der Leland Stanford Universität, sind in Leningrad eingetroffen, um an den Feierlichkeiten anläßlich des 200jährigen Bestehens der Akademie der Wissenschaften teilzunehmen. Oberst Haskell erklärte, daß die Wiederaufnahme der offiziellen ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern lediglich von der Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden abhänge. Er bemerkte, daß amerikanische Geschäfts- und Industriekreise ihre ziemliche Hastung Rußland gegenüber aufgegeben hatten, daß jedoch der Zufluß von Kapital nach Rußland durch „unkorrekte Nachrichten" über die Sowjetunion gehindert wurde. Außer den Amerikanern sind Wissenschaftler aus vielen Ländern anwesend, um an der Zweihundertjahrfeier teilzunehmen.

Marokko

Der spanische Vorstoß gegen Abd el Krim's Hauptstadt Aidir hat begonnen. Die spanischen Truppen landeten nach heftiger Beschießung und angesichts hartnäckigen Widerstandes in der Alhucemas Bucht. Nach den Berichten über die Beschießung, welcher die Landung am Cabadilla Gebiete folgte, kostete das Unternehmen 10 spanische Leben, während die Riffkabylen größer waren. Zwei Tage lang unterhielten die Geschütze der spanischen Flotte ein verheerendes Feuer. Aus der Luft landeten vier französische Geschwader Krim eine Totesbotschaft, als sie drei wichtige Orte, darunter Aidir, bombardierten. Die Landung nahm nach spanischer Darstellung nur eine halbe Stunde in Anspruch und stieß auf geringen Widerstand von den Verteidigern. Krim ist aber noch nicht geschlagen. Nach Berichten aus Melreffo zieht er Truppen an der Westfront zusammen und rüstet zum Widerstand gegen den gemeinsam französisch-spanischen Vorstoß.

Bessarabien

800 bessarabische Bauern werden augenblicklich wegen Demonstrationen vor einem Militärtribunal erscheinen. Dieselben wurden durch eine russische Strafexpedition verhaftet; die gegen die Einwohner von Tatar Bunar entsandt wurden, welche beschuldigt wurden, die Uebergabe von Bessarabien an Sowjet-Rußland Ende September geplant zu haben.

Im Banat

Von Dr. Paul Reinbach, z. Zt. am Balkan.

Ein höherer rumänischer Verwaltungsbeamter, etwa ein Landrat nach preußischen Begriffen, verheiratet und mit Familie, bekommt ein Gehalt, das im deutschen Gelde etwa 60 Mark monatlich ausmacht. Ein Arzt erster Instanz, akademisch gebildet, in derselben Rangstufe, bekommt 100 Mark. Das eine heißt das andere ist unzulänglich, aber wenn man fragt, weshalb der Richter mehr erhält, so bekommt man zur Antwort: Weil er sich nicht bestechen lassen soll.

In der Tat soll die rumänische Justiz, mit wenigen Ausnahmen, von grober Korruption frei sein. Dafür ist sie aber eine gefügige Dienerin der politischen Tendenzen der Regierung. Ein Urteil, das in einer Sprachen-, Schul- oder sonstigen Minderheitsfrage für Recht und Billigkeit gegen eine Anordnung von oben ergänge, ist undenkbar. Nur beim höchsten Appellhof in Bukarest gibt es auch hierin Ausnahmen.

Ein Verwaltungsbeamter aus der früheren ungarischen Zeit, nicht rumänischer Nationalität, wird zwangspensioniert und bittet um eine solche Anstellung des Ruhegehalts, daß er davon leben kann, da er kein Vermögen besitze. Der hohe Chef sieht ihn ungläubig an. „Sie hätten den Posten in Siebenbürgen, da haben Sie Vermögen", sagt er. „Ich bitte, einen anderen nicht!" Nach dem bolschewistischen System ist das Gehalt eines Verwaltungsbeamten der bedeutungslose Teil seines Einkommens. Braucht er ein Service oder seine Frau einen Pelzmantel, schickt er ins Geschäft, und kein Geschäftsmann wird es leicht aus Risiko wagen, eine Rechnung zu präsentieren. Im ersten Jahre hat man mit 60 Mark Gehalt ein Automobil und im zweiten eine Villa. Es ist wie bei den alten russischen Zaren, als Rußland noch ganz Orient war. Wenn sie einem Beamten eine Stelle gaben, so taten sie es, damit er sich davon nähre. Bei uns entrüstet man sich über solche Dinge. Der Balkaner versteht das nicht. Der Teil des früheren Ungarn, der zwischen der Donau und der neuen Grenze liegt, wird serbisch die Wojwodina genannt. Hier herrscht von früherer Zeit her Wohlstand. Wenn man einen Beamten begünstigen will, so versetzt man ihn in die Wojwodina, und die populäre Begründung dafür heißt auf serbisch: „damit er Fett unter die Haut bekommt."